**Beschluß
der Volkskammer
der Deutschen Demokratischen Republik
über die Verlängerung der Wahlperiode
der Schöffen der Kreisgerichte
und Mitglieder der Schiedskommissionen
vom 26. April 1990**

1. Die Wahlperiode der Schöffen der Kreisgerichte wird verlängert. Sie endet drei Monate nach dem Inkrafttreten eines Richtergesetzes der Deutschen Demokratischen Republik.
2. Die Wahlperiode der Mitglieder der Schiedskommissionen wird verlängert. Sie endet mit dem Inkrafttreten eines neuen Gerichtsverfassungsgesetzes der Deutschen Demokratischen Republik.

Vorstehender Beschluß wurde von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik in ihrer 5. Tagung am 26. April 1990 gefaßt.

Berlin, 26. April 1990

**Die Präsidentin der Volkskammer
der Deutschen Demokratischen Republik**

B e r g m a n n - P o h l

**Beschluß
des Präsidiums der Volkskammer
der Deutschen Demokratischen Republik
vom 25. April 1990**

Das Präsidium der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik beschließt:

Durch Beschluß der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik wurden am 5. April 1990 gemäß § 7 der Vorläufigen Geschäftsordnung der Volkskammer folgende Fraktionen gebildet:

- Fraktion der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands/Demokratischer Aufbruch
- Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
- Fraktion der Partei des Demokratischen Sozialismus
- Fraktion der Deutschen Sozialen Union
- Fraktion der Liberalen
- Fraktion Bündnis 90/Grüne
- Fraktion der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands/Demokratischer Frauenbund Deutschlands

Mit der Bildung erhalten die Fraktionen den Status einer juristischen Person.

Berlin, 25. April 1990

**Die Präsidentin der Volkskammer
der Deutschen Demokratischen Republik**

B e r g m a n n - P o h l

**Erste Durchführungsbestimmung
zur Verordnung über die Justitiare
in der Deutschen Demokratischen Republik
(Justitiar-Verordnung)
— Zulassung von Justitiaren mit eigener Praxis —
vom 18. April 1990**

Auf der Grundlage des § 8 der Verordnung vom 15. März 1990 über die Justitiare in der Deutschen Demokratischen Republik (Justitiar-Verordnung) (GBl. I Nr. 18 S. 171) wird folgendes bestimmt:

§ 1

Geltungsbereich

Diese Durchführungsbestimmung regelt die Zulassung von freiberuflich tätigen Justitiaren mit eigener Praxis gemäß § 5 der Justitiar-Verordnung.

§ 2

Antragstellung

- (1) Der Antrag auf Zulassung ist schriftlich zu stellen.
- (2) Der Antrag muß den Namen, die Anschrift und das Alter des Antragstellers sowie die Anschrift der Praxis enthalten. Dem Antrag sind zwei Paßbilder und ein polizeiliches Führungszeugnis beizufügen.
- (3) Aus dem Antrag muß durch genaue Angaben über den Ausbildungsweg und die bisherige berufliche Entwicklung erkennbar sein, daß der Antragsteller die für die auszuübende Tätigkeit erforderlichen Kenntnisse besitzt.
- (4) Es ist zu versichern, daß zum Zeitpunkt der beabsichtigten Zulassung das bestehende Arbeitsrechts- bzw. Wahl- oder Berufungsverhältnis beendet wird.
- (5) Die gemäß Abs. 3 erforderlichen Angaben sind durch Prüfungszeugnis über einen in der DDR anerkannten juristischen Hochschulabschluß sowie durch Nachweis über den bisherigen Berufsweg zu belegen.

§ 3

Erteilung der Zulassung

- (1) Als Justitiar mit eigener Praxis ist durch den Minister der Justiz zuzulassen, wer
 - auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik seinen ständigen Hauptwohnsitz hat,
 - einen in der Deutschen Demokratischen Republik anerkannten juristischen Hochschulabschluß erworben hat,
 - die erforderlichen praktischen Kenntnisse zur Ausübung der freiberuflichen Justitiartätigkeit aufweist.
- (2) Über den Antrag ist innerhalb einer Frist von vier Wochen zu entscheiden. Die Bearbeitungsfrist beginnt mit der vollständigen Übergabe der Antragsunterlagen.

- (3) Die Zulassung erfolgt in Schriftform.

§ 4

Versagung der Zulassung

- (1) Die Zulassung ist zu versagen,
 - wenn die in § 3 genannten Voraussetzungen nicht gegeben sind,
 - wenn der Antragsteller vorbestraft ist und die begangene Straftat ihn für die Ausübung der Justitiartätigkeit ungeeignet erscheinen läßt.
- (2) Die Entscheidung bedarf der Schriftform. Sie ist zu begründen und mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen.